

«Gutes Gewissen gibts nicht zum Nulltarif»

FDP-Präsidentin Christine Frey verteidigt die kantonale Energieabgabe, über die am 27. November abgestimmt wird

VON HANS-MARTIN JERMANN

Frau Frey, die FDP hat sich den Kampf gegen Steuern auf die Fahne geschrieben. Im Baselbiet macht sich Ihre Partei aber für eine neue Energieabgabe stark - und verrät ihre Ideale.

Christine Frey: Ich bin dezidiert nicht dieser Meinung. Freisinnig sein heisst für mich, aus einer gesamtheitlichen Sicht zu politisieren. Spätestens seit Fukushima herrscht in weiten Teilen der Bevölkerung die Meinung vor, dass wir in der Energiepolitik neue Wege einschlagen müssen. Wir Freisinnigen können uns dem nicht verschliessen. Im Baselbiet haben sich 62 Prozent der Abstimmenden dafür ausgesprochen, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch bis 2030 auf 40 Prozent zu erhöhen. Das kann nur erreicht werden, wenn wir den Verbrauch fossiler Energieträger wie Heizöl und Erdgas senken. Die Energieabgabe, über die wir am 27. November abstimmen, unterstützt aus meiner Sicht dieses Vorhaben.

Sie reden wie eine Grüne. Was bisschen ist freisinnig an dieser Abgabe?

Es braucht viel, bis ich mich für eine neue Steuer erwärmen kann. Allerdings fehlen hier die Alternativen. Die finanzielle Situation im Kanton verlangt eine andere Lösung als die Finanzierung über den normalen Staatshaushalt. Deshalb wurde die Abgabe von der FDP zähneknirschend akzeptiert. Es ist ein Verdienst der Freisinnigen, dass die erwähnte Senkung des CO₂-Verbrauchs nicht durch staatliche Verbote und Gebote erreicht wird, sondern mit einer Abgabe, die nach dem Verursacherprinzip erhoben wird. Die Hauseigentümer entscheiden eigenverantwortlich, ob sie eine energetische Gebäudesanierung vornehmen oder eine höhere Abgabe bezahlen wollen. Die Abgabe ist zudem zeitlich befristet, es geht also nicht darum, damit die Staatsquote weiter aufzublähen, sondern ein definiertes Ziel zu erreichen.

Die Abgabe ist doch vor allem ein KMU-Förderprogramm. Ginge es wirklich um die Senkung des Energieverbrauchs, könnten Grossverbraucher nicht dispensiert werden.

Das Energiegesetz und die Abgabe stellen einen Kompromiss dar. Für uns Freisinnige war bei der Ausarbeitung der Vorlage wichtig, dass die Abgabe unsere Unternehmen im Kanton in einem schon schwierigen Umfeld nicht weiter schwächt. Das ist uns gelungen. Die KMU können dann von der Abgabe befreit werden, wenn sie mit dem Kanton Zielvereinbarungen zur Reduktion des Energieverbrauchs treffen. Dabei können Massnahmen in der Vergangenheit angerechnet werden. Die Abgabe ist zudem äusserst moderat ausgestaltet. Ein Basel-

«Es ist nicht anständig, nach dem FDP-Parteitag aus dem Nichts aufzutau-chen und gegen die gefasste Haltung zu schiessen.»



«Bin keine Anhängerin dieser Alles-oder-nichts-Politik»: Christine Frey setzt in der Energiepolitik auf den Kompromiss mit Rot-Grün.

JURI JUNKOV

bieter Hausbesitzer wird mit durchschnittlich 150 Franken pro Jahr, ein Mieter mit durchschnittlich 40 Franken belastet. Ein gutes Gewissen gibt es nicht zum Nulltarif.

Sie, aber auch Vertreter von Rot-Grün, sprechen von einem «guten Kompromiss». Das klingt nach etwas Halbbackzigem.

Nein. Das klingt nach Pragmatismus. Ich bin keine Anhängerin dieser «Alles oder nichts»-Politik. Ich habe lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Wenn wir Bürgerlichen in der Energiepolitik auf stur schalten, dann werfen uns Grüne und SP vor, wir wollten uns gegen jegliche Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs stemmen. Ich finde es sinnvoller, wenn wir uns zum Auftrag des Souveräns bekennen, den Energieverbrauch zu senken, und uns auf dieser Basis mit unseren Anliegen einbringen.

In der FDP sind nicht alle für diese Abgabe. Bereits früh hat Handelskammer-Direktor Franz Saladin seine Ablehnung kundgetan. In der «Basler

ZUR PERSON

Christine Frey

Die in Münchenstein wohnhafte Christine Frey ist seit 2012 Präsidentin der Baselbieter FDP, seit 2015 sitzt sie zudem im Landrat. Die 49-Jährige ist Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission, die das neue Energiegesetz sowie die Einführung einer kantonalen Energieabgabe vorberaten hat. Über Letztere entscheidet das Baselbieter Stimmvolk am 27. November.

Zeitung» vom Freitag outeten sich auch die ehemaligen Finanzdirektoren Adrian Ballmer und Hans Fünfschilling als Gegner. Ihr Kommentar?

Das ist doch der politische Alltag jedes Parteipräsidenten. Mein Auftrag ist es, die Parteimehrheit zu vertreten. Am Sonderparteitag zur Energieabgabe votierten über drei Viertel der Anwesenden für ein Ja am 27. November. Das ist ein überaus klares Verdikt. Auch die Landratsfraktion hat die Energieabgabe einstimmig bei wenigen Enthaltungen gutgeheissen. Den Entscheidungen ist in der Partei ein breiter Meinungsbildungsprozess vorausgegangen.

Eine abweichende Haltung zu haben ist das eine, diese pointiert zu vertreten das andere. Ist es in Ordnung, wenn sich freisinnige Gegner wie Franz Saladin öffentlich exponieren?

Im Fall von Franz Saladin sehe ich das nicht als Problem. Er äussert die Kritik primär in seiner Rolle als Verbandsdirektor. In der Baselbieter FDP ist Saladin ohnehin kaum präsent. Anders sieht es bei ehemaligen tonangebenden Exponenten der FDP aus. Sie sollten am besten wissen, wie wichtig das rechtzeitige Einbringen verschiedener Argumente in den Parteitagen ist. Gelegenheiten gab es viele.

Wir haben in der FDP wie erwähnt sehr lange und breit über das Energiegesetz diskutiert. Es ist nicht anständig, nach diesem Prozess, nach dem offiziellen Parteitag, aus dem Nichts aufzutau-chen und gegen die gefasste Haltung zu schiessen.

Die FDP-nahe Wirtschaftskammer steht im Verdacht, sich deshalb für die Abgabe ins Zeug zu legen, weil sie sich erhofft, die Fördergesuche abwickeln zu können, wie dies bereits beim auslaufenden Energiepaket der Fall war.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskammer sind viele falsche Behauptungen im Umlauf. So werden heute die Fördergesuche im Haus der Wirtschaft zwar administrativ abgewickelt, alle hoheitlichen Tätigkeiten und Entscheide liegen aber beim Kanton. Das wäre auch künftig so, sollte die IWF AG tatsächlich im Rahmen der Submission diesen Auftrag erhalten. Auch die Abgabe selbst würde vom Kanton eingetrieben, nicht von der IWF AG oder einer anderen Auftragsnehmerin. Dass die Administration nicht beim Kanton angesiedelt ist, ergibt Sinn: Seit der Auftragsvergabe an die Wirtschaftskammer werden die Regelgesuche viel effizienter abgewickelt als früher. Die Kosten pro Gesuch konnten um 50 Prozent gesenkt werden.

Auch in der SP herrscht Uneinigkeit

Während die SP mit ihrem Ja zur Energiesteuer die Wichtigkeit der Energiepolitik betont, protestiert die Juso gegen die Wirtschaftskammer.

VON YANNETTE MESHESHA

Die kantonale Energieabgabe, über die am 27. November zur Abstimmung gelangt, spaltet nicht nur die Baselbieter FDP. Auch bei den Sozialdemokraten treffen gegensätzliche Meinungen aufeinander. Die Gesetzesänderung sieht eine Steuer auf nicht erneuerbare Wärmeenergie für Endverbraucher vor. Diese wiederum soll in die Finanzierung von Gebäudesanierungen fliessen.

Die Abgabe bezahlen müssen sowohl Gewerbe- und Industriebetriebe als auch Liegenschaftseigentümer. So wird ein Anreiz zum Investieren in Energieeffizienz gesetzt. Während die SP die Vorlage unterstützt, stellen sich die Juso vehement dagegen.

Unterschiedliche Prioritäten

«Es kann nicht sein, dass Privathaushalte für die Interessensverfolgung der Wirtschaftskammer zahlen müssen», erklärt Juso-Co-Präsident Joël Bühler. Er ärgert sich über die «Klientelpolitik» und den «politischen Filz» im Kanton Baselland. Er kritisiert, dass sich Grossbetriebe mit Vereinbarungen von der Steuer befreien können. «Privathaushalte können sich schliesslich auch nicht rauswinden.» Die SP setze in die-

sem Punkt jedoch andere Prioritäten und gewichte den Umweltfaktor höher, während die Juso mehr auf «politische Machtverhältnisse» achte.

«Wer die Energiepolitik vorantreiben will, kann nicht staatspolitisch argumentieren.»

Eric Nussbaumer SP-Nationalrat

Das bestätigt SP-Nationalrat Eric Nussbaumer: «Ich denke, energiepolitisch sind wir uns eigentlich einig. Was die Juso ankreiden, ist ein staatspolitisches Problem. Aber wer die Energiepolitik vorantreiben will, kann nicht staatspolitisch argumentieren.» Er er-

klärt, dass pragmatische Politik nötig sei, um fossile Energien einzudämmen und erneuerbare Energien zu fördern. Die Wettbewerbsfähigkeit könne man dabei nicht ausser Acht lassen. 2010 wurde das Ziel festgesetzt, 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs bis 2030 mit erneuerbaren Energien abzudecken. «Dazu muss fossile Energie teurer werden.», sagt Nussbaumer.

Fossile Ära hinter sich lassen

Auch SP-Landrat Stefan Zemp sieht die Energiesteuer als Schritt in die richtige Richtung. «Man muss das Wünschbare gegen das Machbare abwägen. Natürlich hätten wir gerne mehr durchgesetzt, aber das ist politisch momentan nicht möglich.» Zemp verlässt sich darauf, dass sich in fünf bis sechs Jahren

zeigen wird, dass schärfere Massnahmen nötig werden, wenn man das Energieziel bis 2030 erreichen will. «Sonst verlieren wir die Glaubwürdigkeit vor dem eigenen Volk.» Als Kritiker der Baselbieter Wirtschaftskammer hat er die Bedingung einer Ausschreibungspflicht für die administrativen Arbeiten des Energiepaketes im Parlament durchgebracht. «Es ist wichtig, transparent zu machen, welche Arbeiten ausgelagert werden und was das kostet.»

Zemp schätzt die Chancen der Juso, ihren Standpunkt durchzusetzen, eher gering ein. Er steht mit der SP hinter der Energieabgabe und konzentriert sich auf das Fernziel, das auch Nationalrat Nussbaumer formuliert: «Am Schluss geht es darum, die fossile Ära hinter sich zu lassen.»